

Das nukleare Scharnier der deutschen Frage

Zur Staatsraison der Bundesrepublik nach 40 Jahren

Michael Hennes, geb. 1965 in Köln, lebt als freier Journalist in Pulheim.

Die Mauer fiel, der frischgebackene Generalsekretär Egon Krenz schob die Ankündigung freier Wahlen nach. Ganz Berlin lag sich in den Armen, und „das deutsche Volk war in dieser Nacht das glücklichste der Welt“ (W. Momper). Es schien, als habe sich über Nacht die politische Ordnung im Nachkriegseuropa gewandelt. Wenn die Deutschlandpolitik so viel Dynamik entwickelt wie in diesen Tagen, gerät das gesamte Gebäude der bundesdeutschen Außenpolitik ins Wanken.

Streit in der deutschen Frage

Angesichts der atemberaubenden Entwicklung in der DDR wollten Teile der CDU eine Rolle rückwärts schlagen. Der Bundestag sollte offen die Anerkennung der polnischen Westgrenze und damit des territorialen Status quo im Nachkriegseuropa mit dem Fragezeichen der Zukunft versehen - entgegen dem Warschauer Vertrag von 1970. Der Außenminister wehrte sich, und ein führender Liberaler sprach sogar von „Kriegserklärung“. Die SPD hatte einen Gegenentwurf mit Worten des Außenministers aus dessen Rede vor der UNO vorgelegt, und die Liberalen drohten ihm zuzustimmen. Die CDU stand im Regen und die Koalition auf dem Spiel, am Abend des 7. November schien der Bruch in Bonn möglich. Mehrere Krisenrunden folgten, und eine Lösung war erst gegen Mitternacht gefunden. In der Nacht vor dem Bericht zur Lage der Nation war die Spaltung in einem Koalitionsgespräch noch einmal abgewendet worden.

Der gemeinsame Koalitionsantrag bejaht die Endgültigkeit der Oder-Neiße-Grenze und verpflichtet sich, weder jetzt noch in der Zukunft Gebietsansprüche zu stellen. Alle Fraktionen stimmen zu, 27 „verärgerte“ Unions-Abgeordnete erklären in einer gemeinsamen Stellungnahme ihre Ablehnung, etliche bleiben der Abstimmung fern. Kohl selbst bekennt sich zur freien Selbstbestimmung als „Herzstück unserer Deutschlandpolitik“, wobei er sich bezüglich „unserer Landsleute“ in der DDR sicher sei: „Wenn sie die Chance erhalten, werden sie sich für Freiheit und Einheit entscheiden.“ Einen Vorbehalt in Grenz- und Zukunftsfragen setzt der Kanzler noch hinzu: „Jeder von uns in diesem Hause weiß,... daß wir noch keinen Friedensvertrag haben.“¹

In den Artikeln 2 und 4 des Deutschlandvertrags von 1954 bekräftigen die Westmächte nämlich, daß Fragen bezüglich Berlins und Deutschlands als

¹ H. Kohl, Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland Bonn, 8.11. 89, in: Bulletin (BT) 123/89, S. 1053, 1058.

Ganzem sowie die Stationierung britischer, französischer und amerikanischer Truppen auf westdeutschem Gebiet bis zum Abschluß eines Friedensvertrages Sache der Alliierten bleiben. Von der freien Selbstbestimmung aller Deutschen ist nicht die Rede. Also viel Rauch um nichts?

Streit in der Bündnispolitik

Ein halbes Jahr zuvor hatte sich in scheinbar anderer Sache ähnliches ereignet. Auf der Tagesordnung stand der von Washington angemahnte Beschluß über die Modernisierung der nuklearen Kurzstreckenraketen in Mitteleuropa. Die Koalition hatte sich im Winter 1988 auf eine Kompromißformel verständigt. Zunächst sollten Verhandlungen mit Moskau über eine weitere Reduzierung der Kernwaffen in Europa aufgenommen werden, um dann „im Lichte der sicherheitspolitischen Gesamtentwicklung“ 1992 über eine eventuelle Stationierung neuer Raketen zu entscheiden.² Washington drängte aber auf klarere Zusagen, obwohl die Angst der Bonner Regierung vor den antinuklearen Ressentiments der deutschen Bevölkerung in einer Zeit von Wahlen dort durchaus bekannt war.³ Es folgten Wochen transatlantischen Theaters.

Noch zwei Tage vor dem entscheidenden Gipfel kriselte es in Bonn. Genscher betonte in einem Fernsehinterview, daß es nach wie vor Differenzen zwischen Washington und Bonn gebe. Schließlich gehe es hier auch um Raketen, „die bei uns aufgestellt werden sollen und die vor allem deutsches Territorium treffen, hier, in der DDR, die aber auch Polen und die CSSR erreichen können. Ich denke, daß es wichtig ist, daß man das, was wir sagen, ernst nimmt.“⁴ Der Kanzler wackelte zu dieser Stunde, wollte dem alliierten Druck weichen.

Am Rande der Wiederwahl des Bundespräsidenten am 25. Mai 1989 kommt es fast zum Eklat, sogar zum Bruch der Koalition. Auf dem Brüsseler Gipfel des NATO-Rats Ende Mai 1989 gibt es dann einen windigen Kompromiß, der die Bonner Bedenken nach außen wahr, Verhandlungen ankündigt, aber parallel dazu eine Modernisierung vorbereitet. Eine Stationierungszusage nicht vor 1992 geben zu müssen, gibt Kohl immerhin jene „Atempause, die er dringend wollte.“⁵

Ein weiterer Punkt des Kommuniqués verdient Aufmerksamkeit, doch er ging fast unter. Die NATO bekundet ihren Willen, „die schmerzliche Teilung Europas“ zu überwinden.⁶ US-Präsident George Bush erklärt vor der Presse: „Wir möchten das Ende der Teilung Europas erleben, und wir möchten, daß das auf der Grundlage westlicher Werte geschieht. . . Wir befinden uns von jetzt an in der Offensive.“⁷ Eine Erklärung, die ein halbes Jahr später unge-

2 Vgl. M. Hermes, Ein neuer Doppelbeschluß. Zur Modernisierungsfrage bei den Kurzstreckenraketen, in: Gewerkschaftliche Monatshefte (GMH) 4/89, S. 202 - 210.

3 Vgl. etwa J. James, Tactical Nuclear Modernization - the NATO Decision that won't go away, in: Arms Control Today, December 1988, S. 19 - 24.

4 Zit. n. U. Bergdoll/M. Süskind, Eine neue Krise - totgeschwiegen, Süddeutsche Zeitung (SZ) 26. 5. 89.

5 F. Lewis, With NATO patched up, the West is joining the Post-Cold War Era, in: International Herald Tribune 1.6.89.

6 Kommunique der Tagung des NATO-Rats in Brüssel, 28729. 5.89, BT 53/89, S. 365.

7 Zit. n. F. Wirth, George Bush - nüchterer Methodiker der Macht, Die Welt (DW) 30. 5. 89.

ahnte Aktualität erlangen sollte. Warum drohte das Brüsseler Kommuniqué die Bonner Koalition zu sprengen?

Die militärische Klammer der deutschen Teilung

Nur vor dem Hintergrund des Zweiten Weltkrieges und der Gründerjahre der Bundesrepublik läßt sich die Natur der Deutschen Frage erkennen. Die enge Verzahnung von Deutschland- und Sicherheitspolitik hegt für die meisten Menschen im Verborgenen. In Wahrheit standen nukleare Rüstungsfragen nach Wiederbewaffnung und NATO-Integration 1955 im Zentrum der Bonner Außenpolitik, so „daß es nur wenige sicherheitspolitische und ost-west-politische Fragen der Jahre 1956 bis 1967 gibt, in denen die Kernwaffen keine Rolle spielen.“⁸ Das war unumgänglich, weil sich die gesamte Militärstrategie der NATO auf die atomare Übermacht der Vereinigten Staaten gründete, und daher ab 1950 die Zahl der in Europa verfügbaren Kernwaffen drastisch anstieg.⁹ Die Bundesrepublik war folglich ein atomares Schlachtfeld, sollte in Mitteleuropa ein Krieg ausbrechen, was das NATO-Manöver „Carte Blanche“ 1955 schlagartig verdeutlichte.¹⁰ Allerdings war die Bundeswehr vom Besitz dieser vernichtenden Waffe ausgeschlossen, und das blieb bis heute so. Die Brisanz dieses „deutschen Problems“ wuchs ab 1956¹¹ dadurch, daß im Zuge der anwachsenden Atomarsenale der Sowjetunion und der drohenden Zweitschlagsfähigkeit Moskaus gegen die USA (Sputnik-Schock) eine Abkopplung Washingtons von der europäischen Sicherheit drohte: Wäre der amerikanische Präsident im Ernstfall gewillt, Chicago für Lyon, London oder Hamburg zu opfern?¹²

Drei Grundbedingungen prägten die deutsche Außenpolitik deshalb von Beginn an: die Teilung der Nation, deren Vertiefung durch die Konfrontation der Militärblöcke in Europa und die Aussperrung der Deutschen von der Verfügungsgewalt über Massenvernichtungswaffen. Das ist die politische Geografie, die der Zweite Weltkrieg schnitt, und das nationalsozialistische Erbe, an dem Bonn schwer zu tragen hat. Die Einbeziehung der Bundesrepublik in das Weitesystem, die Wirtschaftsordnung und über die Wiederbewaff-

8 H. P. Schwarz, Adenauer und die Kernwaffen, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 4/89, S. 573.

9 Von 1950 bis 1955 wuchs die Flotte der US-Atombomber in Europa und dem Fernen Osten von 45 auf über 500 an (R. P. Berman/J. C. Baker, Soviet Strategic Forces: Requirements and Responses, Washington D. C. 1982, S. 43); 1953 wurden in der Bundesrepublik die ersten Kurzstrecken-(Honest John), 1954 die ersten Mittelstreckenraketen (Matador) stationiert; die Zahl der US-Atombomben begann erst ab Mitte 1950 drastisch anzusteigen (Militärgeschichtliches Forschungsamt [Hg.], Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik. 1945 - 1956. Bd. I, München 1982, S. 192; Stockholm International Peace Research Institute [Hg.], Waffenexport und Krieg. Rüstungsjahrbuch 4, Reinbek 1984, S. 39).

10 Das Manöver spielte den Einsatz von 335 Atombomben in Mitteleuropa, davon 268 in der Bundesrepublik durch. Es wurde deutlich: „Derjenige, der glaubt, Europa mit dem massenweisen Einsatz solcher Waffen verteidigen zu können, wird Europa nicht verteidigen, sondern zerstören.“ (H. Schmidt, Verteidigung oder Vergeltung. Ein deutscher Beitrag zum strategischen Problem der NATO, Stuttgart 1961, S. 121 f.)

11 Die Angst vor der Abkopplung äußerte der MdB/FDP-General a. D. von Manteuffel schon 1956 vor dem Bundestag (Verhandlungen des Deutschen Bundestags. Sten. Ber., 2. Wahlp., 143. Sitzg., 4. 5. 56, S. 7504 ff.); 1958 auch der Generalinspekteur Heusinger in einem Vortrag, vgl. A. Heusinger, Reden 1956 - 1961, Boppard 1961, S. 17 ff.

12 Die Abkopplungsangst war schließlich Auslöser der Entwicklung der britischen und französischen Atomstreitkräfte.

nung auch in das Militärbündnis des Westens hat als Richtungsentscheidung der Ära Adenauer die Staatsraison des „Provisoriums Bundesrepublik“ begründet. Konrad Adenauer ließ sich von der Vorstellung leiten, „ganz Deutschland zu einen und es in eine europäische Ordnung hineinzuführen.“¹³ Nur im europäischen Rahmen könne deutsche Politik „die Sowjetzone und die Gebiete jenseits der Oder und Neiße für die Freiheit zurückgewinnen.“¹⁴ Eine Politik der Stärke sollte die Einheit wiederherstellen. Aus Bonner Sicht wurde daher die deutsche Teilung geradezu Existenzgrundlage des westlichen Bündnisses.

Erst 1961 mit dem Mauerbau war die Adenauer-Regierung eindeutig gescheitert in „ihrer Politik, daß die deutsche Teilung die Quelle des Ost-West-Konflikts sei und sie zur Verbesserung des Verhältnisses deshalb zuallererst beseitigt werden müsse.“¹⁵ Aus dem Provisorium war ein Staat geworden, die Teilung war zementiert worden. Eingebettet in die Militärblocke konnte die Wiedervereinigung schließlich nur eine Illusion bleiben, nach der Remilitarisierung mußte die Möglichkeit eines neutralen und wiederbewaffneten Groß-Deutschland geradezu eine Schreckensvision in Ost und West sein. Denn es war Deutschland gewesen, das innerhalb weniger Jahrzehnte zwei Weltkriege vom Zaun gebrochen hatte. Mit der Atlantik-Charta vom 14. August 1941 war der Frieden „nach der endgültigen Zerstörung der Nazi-Tyrannie“ das gemeinsame Ziel der Anti-Hitler-Koalition geworden. Ein erneuter Wiederaufstieg des Deutschen Reiches sollte durch die Aufteilung der nationalsozialistischen Großmacht für immer verhindert werden. Auf der Konferenz von Jalta im Februar 1945 erklärten sich Roosevelt, Churchill und Stalin offen zu ihrer Absicht, die „völlige Entwaffnung, Entmilitarisierung und Zerstückelung Deutschlands“ vorzunehmen.¹⁶ Mit dem Potsdamer Abkommen und der unterschiedlichen Besatzungspolitik in den Zonen wurde die Teilung ab 1945 de facto hergestellt, entgegen dem Potsdamer Bekenntnis, „Deutschland als „wirtschaftliche Einheit“ zu verwalten.“¹⁷ Es lag vor allem im Interesse Frankreichs, ein starkes Deutschland in Mitteleuropa zu verhindern, damit es selbst - trotz der Instabilität seiner Vierten Republik - zu einer europäischen Großmacht werden konnte, deren eigener Aufstieg durch Reparationen und Zugang zu den deutschen Kohlevorkommen abgesichert war. Die amerikanische Politik folgte diesem französischen Motiv durch die Gründung der NATO, die nicht nur ein Schutzbündnis gegen die Sowjetunion war, sondern auch die

13 K. Adenauer, *Erinnerungen 1945 - 1953*, Stuttgart 1965, S. 243.

14 Ebd., S. 382.

15 W. Pyta, *Vierzig Jahre deutsche Teilung. Zum Stellenwert der deutschen Frage in der Politik der Bundesregierungen*, in: *Deutschland-Archiv (DA)*, Oktober 1989, S. 1107.

16 Vgl. P. E. Moseley, *Die Friedenspläne der Alliierten und die Aufteilung Deutschlands*, in: *Europa-Archiv (EA)* 20. 5. 50, S. 3037; neu eingeführter Art. 12a der vorbereiteten Kapitulationsurkunde, dok. in: E. Deuerlein, *Die Einheit Deutschlands*. Bd. I: *Die Erörterungen und Entscheidungen der Kriegs- und Nachkriegskonferenzen 1941 - 1949*, Frankfurt a. M./Berlin 1961, S. 334.

17 T. P. Ireland, *Creating the Entangling Alliance*, Westport 1981, S. 9. Die Widersprüchlichkeit der US-Besatzung nach Roosevelts Tod erklärte sich aus dem Willen, Deutschland militärisch zu zerschlagen, aber wirtschaftlich stark genug zu halten, um die eigene Versorgung und Reparationen finanzieren zu können (Ebd., S. 15 f.).

Besatzungstruppen auf deutschem Boden halten und einen eventuellen deutschen Verteidigungsbeitrag unter Kontrolle bringen sollte.

In Fortsetzung dieser Politik ist Adenauers Illusion einer Wiedervereinigung des militärisch erstarkten Deutschland für die Siegermächte in den fünfziger und sechziger Jahren nicht akzeptabel gewesen. Da diese Illusion allzu gut bekannt war, durfte die Bundesrepublik im Dienste der Ost-West-Stabilität nicht zu sehr erstarren und mußten Gründe für die amerikanische Schutzgarantie erhalten bleiben. Die Wiederbewaffnung und Westintegration war Adenauer nur unter der Selbstverpflichtung in den Pariser Verträgen von 1954 gelungen, auf eine Herstellung von Massenvernichtungswaffen in der Bundesrepublik zu verzichten. Die westlichen Verbündeten hatten die Bundesregierung atomar entmachtet.¹⁸ Zur Verteidigung gegenüber massiven Angriffen der Sowjetunion blieb Bonn also auf nukleare Schutzgarantien der Verbündeten angewiesen: „Die Generale in der Dienststelle Blank schüttelten den Kopf.“¹⁹ Ab Juli 1956 ging die politische Rechte in Bonn wiederholt daran, öffentlich Verfügungsgewalt über Kernwaffen einzufordern,²⁰ zunächst über die Bereitstellung taktischer Atomwaffen für die Bundeswehr, was schließlich in die Bundestags-Entscheidung für „modernste Waffen“ (im Antrag hatte es noch „atomare Waffen“ geheißen) vom 25. März 1958 mündete.²¹ 1959 sprachen Presseberichte vom Interesse „der deutschen militärischen Führung“ an Mittelstreckenraketen mit Reichweite bis in die Sowjetunion, was die USA kurz darauf mit der Anregung zur Aufstellung einer gemeinsamen NATO-Atomstreitmacht unter westdeutscher Beteiligung (Multilateral Force- MLF) abfingen. Das alles erlangte mit der Generalsdenkschrift vom 20. August 1960 für Kernwaffen in deutscher Hand seinen dramatischen Höhepunkt.

Die Eisenhower-Administration formulierte 1960 unter Beifall der Adenauer-Regierung das Konzept einer seegestützten MLF - ein Problem, das sie der Kennedy-Administration hinterließ. Es war amerikanisches Interesse, die Entwicklung eigenständiger Atommächte in Westeuropa zu verhindern, aber auch London und Paris reagierten reserviert. Bonner Bestreben war es, eine Landstationierung nahe der innerdeutschen Grenze zu erreichen. Dies hätte aber nicht nur die Abschreckung der Sowjetunion erhöht, sondern auch eine weit unmittelbarere Verfügungsgewalt der Bundeswehr bedeutet als die offe-

18 „Daß irgendeine ausländische Atommacht bereit sein könnte, ihr Atomwaffen zu verkaufen oder ihr die Produktion auf ihrem Gebiet zu gestatten, wurde für so unreal gehalten, daß man diese Möglichkeiten nicht ernsthaft in Erwägung zog und es nicht für nötig hielt, sie in der Formulierung der Verzichtserklärung zu berücksichtigen“ (W. G. Grewe, Rückblenden 1976 -1951, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1979, S. 201).

19 H. P. Schwarz, Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949 -1957, Stuttgart 1981, S. 251.

20 Die westdeutschen Forderungen stellten meistens nicht explizit auf die „selbständige“ Verfügung über Kernsprengladungen und einen nationalen Alleingang jenseits der NATO ab. Insofern stimmt es, daß die Bundesregierung nie „ernsthaft“ eine nationale Atomstreitmacht anstrebte (vgl. etwa D. Mahncke, Nukleare Mitwirkung, Berlin/New York 1972, S. 33 f., der selber mit Strauß und Erhard zwei Ausnahmen nennt). Der Effekt war aber derselbe, da alle Forderungen nur Sinn bei Verfügung über die Sprengköpfe der Trägersysteme machen, damit auch eine nationale Befehlsgewalt gegeben wäre. Die alliierten Reaktionen auf die Bonner Forderungen zeigen, daß akademische Unterscheidungen in der offiziellen Politik keine Rolle spielten.

21 K. J. Brandstetter, Allianz des Mißtrauens, Köln 1989, S. 113 -157; Schwarz, Kernwaffen, S. 579 - 581. Adenauer hatte seit 1953 mehrfach den kriegsverhindernden Wert der Atomwaffe betont, ebd., S. 586 - 588.

rierte Seestationierung. Die entscheidende Frage in Bonn bei der Beurteilung der MLF wurde denn auch die nach der Verfügbarkeit: Die Bundesregierung sollte selber einen „Finger am Abzug“ haben. Das war für Washington unannehmbar. Kennedy, für seine skeptische Haltung gegenüber den Bonner Ambitionen bekannt, entledigte sich des Problems nicht ohne Geschick und diplomatische Arglist, so daß Frankreich und Großbritannien in den Folgejahren zu Atommächten aufstiegen, die Bundesrepublik aber leer ausging. Als Kennedy ermordet wurde, setzte sein Nachfolger Lyndon B. Johnson diese Politik fort.²²

Bis auf den heutigen Tag haben Verbände der Bundeswehr ausschließlich Zugriff auf die Trägersysteme, die dazugehörigen Kernsprengladungen blieben unter Verschuß amerikanischer Truppen und sind dem Oberbefehl des US-Präsidenten im Rahmen der allgemeinen Konsultationsverfahren innerhalb der NATO vorbehalten.²³ Adenauers Staatsraison war hier gescheitert. „Nicht der Verteidigungsminister, sondern der Kanzler saß wie die Spinne im Netz der Entscheidungsprozesse, die im weitesten Sinne mit Kernwaffen zu tun hatten.“²⁴ Eine wiedervereinigte Atommacht wurde nicht erreicht,²⁵ die Blockteilung Europas im Gegenteil verfestigt. Die Hoffnungen der deutschen Rechten lagen fortan nur noch in einer gemeinsamen europäischen Atomstreitmacht, wie sie deutscherseits mit der MLF angestrebt worden war.

Die Dynamik des Wandels

Die Militärbündnisse begründeten also die Nachkriegsordnung und die Hegemonie der Supermächte. Aber die militärische Konfrontation setzte sich nicht ungehemmt fort. Vor allem zwang das Bemühen um die Nicht-Weiterverbreitung von Kernwaffen (und dies betraf ab 1957/58 die Bundesrepublik ebenso wie das kommunistische China) die Supermächte zur Kooperation.²⁶ Rüstungskontrolle wurde zum Gesetz des Nuklearzeitalters, unwiderruflich

²² Brandstetter, S. 239 - 394. Nach Ansicht Grewes sei es der Druck der Briten und Franzosen gewesen, der die USA zum Scheitern der MLF bewegte (Grewes, S. 618 - 629; so auch Mahncke, der zudem die Opposition von rechts in Bonn anführt). Die parallelen Verhandlungen über die Nicht-Weiterverbreitung von Kernwaffen deuten aber auf amerikanisches Desinteresse, wie auch die wohldokumentierte Furcht vor einer unabhängigen Nuklearmacht Bonns.

²³ Bonner Absicht bei der MLF war, diese dem amerikanischen Vetorecht zu entziehen, sobald eine „geeignete europäische Autorität“ (Verteidigungsminister von Hassel) vorhanden sei. Dies wurde Ende 1964 immer deutlicher und bewegte Washington endgültig, die MLF auf der Pariser Tagung des NATO-Rats im Dezember 1964 ad acta zu legen (Brandstetter, S. 386 - 394). Was blieb, war die Unterstellung von 3 U-Booten der USA mit Atomraketen unter den Zielplan des NATO-Oberbefehlshabers Europa (Beschuß des NATO-Rates in Ottawa 1963), der traditionell Amerikaner ist.

²⁴ Schwarz, Kernwaffen, S. 569.

²⁵ Bundestagspräsident Gerstenmaier befürwortete noch im Juni 1965 vor dem Düsseldorfer Rhein-Ruhr-Club eine atomar bewaffnete Bundesrepublik, um überhaupt angemessen Anspruch auf Wiedervereinigung anmelden zu können (Mahncke, S. 26).

²⁶ Die Sowjetunion verweigerte 1958 im Zuge der Zusammenarbeit Peking die Lieferung von Atomwaffen. Dieses schied darauf aus dem kommunistischen Block aus und konstruierte eigenständig Atomwaffen, was für die Supermächte ein Motiv zur Kooperation bei der Nicht-Weiterverbreitung wurde (vgl. W. C. Potter, Nuclear Proliferation: U.S.-Soviet Cooperation, in: Washington Quarterly, Winter/Spring 1985, S. 142). Der spätere US-Präsidentenberater Brzezinski schrieb von einer „chinesischen Fraktion“ in Bonn „in der Person von Strauß und anderen“ (Z. Brzezinski, Der Osten und die Multilaterale Flotte, in: Wehrkunde 11/64, S. 570).

festgeschrieben durch die Gefahren, die eine ungehemmte Konfrontation heraufbeschwören würde.

Die Gründung der NATO diene - nach dem berühmten Wort ihres ersten Generalsekretärs, Lord Ismay - dazu, die Amerikaner drinnen, die Sowjets draußen und die Deutschen in Europa unten zu halten. Mit der Blockbildung war über die deutsche Teilung entschieden. Eine eigenständige militärische Großmacht in der Mitte Europas durfte nie wieder entstehen. Mit dem Bau der Mauer zerbrach 1961 die Adenauersche Illusion einer Politik der Stärke. „Nicht nur die Politik der Stärke war 1961 zusammengebrochen, es schmolzen auch, zunächst noch unbemerkt, innenpolitische Illusionen. Die größte enttäuschte Hoffnung der Nachkriegsgeschichte wurde offenbar: Die von der SPD zwar nicht geteilte, aber mögliche Hoffnung der Unionsparteien, daß West-Integration und Wiederbewaffnung zwangsläufig zur Wiedervereinigung führen würden.“²⁷ Aus dem Scherbenhaufen der Adenauerschen Ostpolitik folgte ein Kurs der langsamen Öffnung, der auf der Grundlage des Status quo schrittweise Formen der Zusammenarbeit auf humanitärem, wirtschaftlichem und schließlich auch abrüstungspolitischem Gebiet suchte. Die Politik der Stärke war mit den sechziger Jahren passe, die Teilung manifest.

Dies hätte immer so weitergehen können. Aber Egon Bahr irrte, als er 1982 eine Konvergenz der ideologisch verhärteten Systeme auf dem europäischen Kontinent ausschloß, und er täuschte sich daher auch in der Schlußfolgerung, die DDR werde in Abgrenzung und Verweigerung bürgerlicher Freiheiten verharren. Alles sollte sich ändern, als Mitte der achtziger Jahre der Wandel des Status quo vom Osten selber ausging. Unter dem Druck der wirtschaftlichen Misere begann Moskau, sein weltkommunistisches Erbe zu entrümpeln. Liberale Gedanken weichten die diktatorischen Züge auf, marktwirtschaftliche Reformen lockerten (bisher erfolglos) das Monopol der Planwirtschaft, und der Unsinn militärischer Konfrontation mit dem Westen wurde offen angeprangert. Der mit dem Prager Frühling 1968 verkündeten Breschnew-Doktrin, daß die Souveränität der sozialistischen Verbündeten ihre Grenze am gemeinsamen Interesse des kommunistischen Lagers finde,²⁸ war über Nacht die Grundlage entzogen. Auch hier ist die Verknüpfung von Hegemonialanspruch und Militärbündnis erkennbar: Mit der Niederschlagung der tschechischen Volksbewegung verlegte Moskau 1968 fünf bis sechs zusätzliche Divisionen nach Mitteleuropa.²⁹ 1988 kündigte Gorbatschow vor der UNO die einseitige Demobilisierung von 500000 sowjetischen Soldaten unter gleichzeitigem Rückzug von Truppenteilen auch aus Osteuropa an.³⁰

27 E. Bahr, Was wird aus den Deutschen?, Reinbek 1982, S. 217 f.

28 Breschnew hatte diesen Grundsatz einen Monat vor dem Prager Einmarsch am 20.7.1968 verkündet. Sein Außenminister Gromyko erhob ihn am 3. 10. 68 vor der UNO zur Staatsdoktrin, vgl. Europa-Archiv (EA) 22/68, S.D 555 ff.

29 G. Wettig, Umstrittene Sicherheit. Friedenswahrung und Rüstungsbegrenzung in Europa, Berlin 1982, S. 51.

30 Es wird geschätzt, daß wegen der Demobilisierung die sowjetische Arbeitslosigkeit bis Ende 1990 auf 5 Millionen ansteigt (E. Neumaier, Der Götterdämmerung folgt keine Morgenröte, Rheinischer Merkur, 24.11.89).

Der von Stalin zum Schutz des sowjetischen Mutterlandes gebildete cordon sanitaire (Schutzgürtel) wurde mit Gorbatschows Abrüstungspolitik gleichsam in die Freiheit entlassen, in der Hoffnung, drückende Wirtschaftslasten mit über Bord werfen zu können. Nach Jahren der Selbsttäuschung hat der Zug der Demokratisierung nach Polen und Ungarn auch die DDR erreicht, die Mauer wurde durchlässig. Die schrittweise Annäherung der politischen Systeme in beiden Teilen Deutschlands zeichnet sich schon heute ab.

All das bedeutet, daß die politische Ordnung der Nachkriegszeit nicht mehr gilt. Für die US-Administration unter George Bush ist mit Gorbatschows Perestroika in den Ost-West-Beziehungen „das Eis gebrochen“.³¹ Seit den fünfziger Jahren galt, daß die mit der atomaren Abschreckung hervorgerufene Gefahr der „Vernichtung des Lebens überall auf der Erde“, die Aussicht auf die Weiterverbreitung von Kernwaffen in die Hände Dritter, Moskau und Washington zu Kooperation und Rüstungskontrolle zwingen, um einen Kriegsausbruch zu verhindern.³² Aber dies geschah im Rahmen einer festgefühten Machtaufteilung der Welt, unter dem Zeichen der Bipolarität und der Fortsetzung der nuklearen Abschreckung. Der Zustand militärischer Bedrohung hielt auch die europäische Ordnung stabil, war ebenso Ausdruck wie Garant der europäischen Teilung. Das atomar begründete Gleichgewicht des Schreckens war nichts anderes als eine „balance of power“, eine Politik des Status quo.³³

Die deutsche Teilung war in diese bipolare Welt einbetoniert, ein Ergebnis des Zweiten Weltkrieges und vereist durch die strikte Trennung der politischen Systeme und die erstarrte Drohhaltung, in der sie verharrten. Deutschlandpolitik konnte daher nie mehr sein, als es die Beziehungen der Supermächte und die Aufrechterhaltung der militärischen Abschreckung erlaubten. Die kleinen Schritte der Öffnung in der Ostpolitik, wie sie die Regierungen nach Adenauer etwa mit Aufgabe der „Haustein-Doktrin“ machten, konnten keinen tieferen Wandel einleiten, weil Moskau zunächst die Anerkennung des Status quo in Europa verlangte. Erst die Regierung Brandt/Scheel erklärte sich hierzu bereit und nahm Verhandlungen mit Moskau auf. Die Entspannung entwickelte nun mit der Vertragspolitik eine derartige Dynamik,³⁴ daß Moskau zur Ablösung seines Ostberliner Statthalters Walter Ulbricht³⁵ bereit war, der über „seinen Widerstand gegen die Entspannungspolitik, besonders gegen die Berlin-Regelung“, stürzte.³⁶

31 Vg. R. Nixon, *American Foreign Policy: The Bush Agenda*, in: *Foreign Affairs* (FA) 1/89, S. 205.

32 So etwa Außenminister J. F. Dulles in einer landesweiten TV- und Rundfunksprache vom Juli 1957, vgl. Keesings Archiv der Gegenwart 1957, S. 6557 f.

33 Vgl. etwa H. Schmidt, *Strategie des Gleichgewichts*, Stuttgart 1967.

34 Am 12. 8. 70 wurde bereits der Moskauer Vertrag (Anerkennung des Status quo, Verpflichtung auf intensivere Beziehungen) mit der Sowjetunion unterzeichnet, im Dezember der Vertrag mit Polen (Warschauer Vertrag). Im März 1971 begannen dann Verhandlungen der vier Mächte über Erleichterungen in Berlin.

35 Am 3.5.71 löste Honecker seinen Förderer Ulbricht im Amt ab und nahm kurz darauf die Verbesserung der innerdeutschen Beziehungen in Angriff (30. 9. 71 Postverkehr, 17.12. 71 Transitabkommen, 20.12. 71 Berliner Reiseverkehr).

36 M. Görtemaker, *Die unhetüige Allianz. Die Geschichte der Entspannungspolitik 1943 —1979*, München 1979, S. 105.

Die Öffnung der sozialliberalen Ostpolitik der siebziger Jahre vollzog sich im Rahmen der Rüstungskontrolle zwischen den Supermächten und brachte die Entspannung erstmals nach Europa. Aber die neu entflammte Konfrontation ab 1976 mit der Verhärtung der ideologischen Rechten in den USA, mit der sowjetischen Mittelstreckenrüstung, dem darauf gefaßten NATO-Doppelbeschuß und den militärischen Auseinandersetzungen in der Dritten Welt (Angola, Nicaragua und Afghanistan) setzte der Entspannung ihr vorzeitiges Ende. „Wandel durch Annäherung“, das von Egon Bahr 1963 angesichts der Berliner Mauer skizzierte Konzept einer Ostpolitik der kleinen Schritte im Rahmen der Entspannung der Supermächte, an deren Ende auch die SPD immer die Lösung der „deutschen Frage“ sah, war zunächst gescheitert. Neue Impulse waren vonnöten.

Es war vor allem die Stationierung von Kernwaffen, die die Staaten in Mitteleuropa in die „Überlebensklammer“ der Militärbündnisse einband, sie zu „atomaren Wehrgräben der Supermächte“ umbaute und damit in die politische Ordnung zwang.³⁷ Die militärischen Drohpotentiale zwingen beide Teile Europas zu fortgesetzter Aufrüstung, sie integrieren sie in den militärisch begründeten Hegemonialbereich der Supermächte. Der hierdurch erzeugte Kostendruck erschwert Reformen - vor allem in Osteuropa und der Sowjetunion.

Die strikte Trennung der politischen Systeme gehört heute erstmals der Vergangenheit an. Ein sich demokratisch wandelndes Osteuropa in enger Kooperation mit den westeuropäischen Volkswirtschaften ist kein Traum mehr. Die weltpolitische Ordnung der Nachkriegszeit verliert stetig an Substanz, der Spielraum deutscher Außenpolitik wächst entsprechend. Hier liegt die Kraft, die selbst Regierungskoalitionen sprengen kann. Denn es geht um den Kern deutscher Staatsraison. Inzwischen sagen es bereits viele: „Der Wille und das Ziel der Deutschen ist, sich demnächst in einem Staat wiederzufinden.“³⁸

Geblichen ist die militärische Konfrontation. In krassem Gegensatz zu der politischen Entwicklung stehen sich die Militärböcke in Europa weiterhin hochgerüstet gegenüber. Die Verhältnisse erstarren in der Drohhaltung vergangener Jahrzehnte. Eine schrittweise Annäherung der europäischen Staaten bis hin zur Verwirklichung des Verfassungsauftrags einer Einheit Deutschlands in freier Selbstbestimmung wird dadurch systematisch verhindert. Die Aufrechterhaltung einer offensiven militärischen Drohung gegenüber jenem, mit dem es sich zu verbrüdern gilt, ist der wahre Mühlstein, an den die deutsche Außenpolitik gekettet wurde.³⁹ Die Frage ist, wie die Kette zu durchschlagen ist. Die dazu nötige Kraft kann jedenfalls auch Koalitionen sprengen.

37 H. Scheer, Die Befreiung von der Bombe, Köln 1986, S. 62.

38 E. Lintner, deutschlandpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, zit. n. SZ 18.11. 89.

39 Bei der Genscher-Reise nach Washington wurde die Modernisierungsfrage ausgeklammert, obschon Stimmen „im Lager des Ministers“ hofften, dies sei mit den Entwicklungen in Osteuropa „praktisch vom Tisch“ (SZ 23.11. 89).

Zwei Wege-ein Ziel

Das westliche Bündnis diene dazu, „Westeuropa Sicherheit gegenüber der sowjetischen Politik zu bieten und eine Dominanz Deutschlands zu verhindern, indem die Bundesrepublik Deutschland sicher in einen größeren europäischen und atlantischen Rahmen eingebunden wurde. Jede substantielle Verringerung der US-Verpflichtung für Europa würde diese Beziehungen unvermeidlich herausfordern und die Fragen einer Wiedervereinigung Deutschlands und mögliche Dominanz erneut aufwerfen.“⁴⁰ Jede substantielle Verringerung der sowjetischen Bedrohung würde dies nicht minder bewerkstelligen.

Die militärische Konfrontation hat die Sowjetunion wirtschaftlich verkümmern lassen. Seit dem Amtsantritt Gorbatschows kündigt Moskau die Einbindung Osteuropas in den sowjetischen Hegemonialbereich schrittweise auf. Eine wachsende Autonomie Europas liegt volkswirtschaftlich im Sinne der Vereinigten Staaten, damit die enormen Rüstungslasten der USA in eine Senkung des Haushaltsdefizits und die Sanierung der nationalen Infrastruktur umgeleitet werden können, so daß „trotz der Vorteile der Hegemonie langfristig eine größere europäische Verteidigungs-Autonomie amerikanischen Interessen entspricht.“⁴¹

Der Prozeß der europäischen Einigung gewinnt so seine militärische Kehrseite. Aus Westeuropa kann nämlich unter Rückgriff auf die bedeutend anwachsenden Kernwaffenarsenale von Großbritannien und Frankreich eine Supermacht geschmiedet werden, die Osteuropa und die Sowjetunion in eine neue Bedrohungssituation manövriert.⁴² „Es grenzt schon an ein Tabu, wie wenig deutsche Publizistik auf diese Frage eingeht.“⁴³ Gorbatschows Reformprogramm steht unter dem Damoklesschwert wirtschaftlicher Versorgungsmängel, die sowjetische Arbeitslosigkeit wird bis Ende 1990 durch einseitige Truppenreduzierungen auf fünf Millionen anwachsen. Versagt der Westen weiterhin umfangreiche Hilfsprogramme, übt bei Fortsetzung der militärischen Konfrontation aber stetig Kostendruck auf die sowjetische Wirtschaft aus, droht Gorbatschow zu scheitern. Die wahrscheinliche Folge wäre eine erneute Verhärtung der Ost-West-Konfrontation, die revanchistische Illusion aber ist der späte Sieg des westlichen Systems, das im Rahmen einer gesamt-europäischen Einigung die Bedingungen diktiert.

Eine schrittweise Assoziierung von Teilen Osteuropas mit einem hochgerüsteten Westeuropa wäre gegen die Sowjetunion gerichtet. Auf die Apologeten des Kalten Kriegs, der nuklearen Aufrüstung und der Nicht-Anerkennung der Souveränität sozialistischer Staaten in Osteuropa muß eine solche Vision von

40 Ireland, S. 228.

41 H. Sonnenfeldt, *The European Pillar: The American View*, in: *Adelphi Papers* No. 235. *The Changing Strategy Landscape*, Spring 1989, S. 93.

42 Vgl. M. Hennes, *Die euronukleare Supermacht und das Ende des atlantischen Zeitalters. Politische Perspektiven für die neunziger Jahre*, in: *GMH* 2/88, S. 100 -114.

43 F. Gerster, *Grundkonsens statt Grabenkrieg*, in: *Der Atlantische Kurier*. Beilage zum NATO-Brief 3/89, S. 4.

eigentümlichem Reiz sein.⁴⁴ Militärische Drohwalt ist in konservativem Sinne nie etwas anderes als ein Instrument der Machtpolitik gewesen, einer Diplomatie der Konfrontation. Hier liegt die versteckte Ratio jedes deutschen Plädoyers für die weitere nukleare Aufrüstung in Europa, für die Aufrechterhaltung eines atomaren Kontingents der Vereinigten Staaten auf dem europäischen Festland. Moskau hat seit Gorbatschows Amtsantritt 1985 Schritt für Schritt ehemals bitter verteidigte Positionen geräumt, die Sowjetunion stellt sich als ein schwaches und labiles Gebilde dar - bedroht vom Separatismus ihrer vielen Völker, von den eifersüchtig bewachten Pfründen der Bürokratie und der Militärs, von der wirtschaftlichen Misere.⁴⁵ Die Versuchung, durch eine Politik der Stärke die kommunistischen Reformregierungen zu immer weiteren Zugeständnissen zu pressen, hegt nahe. Angesichts der unverkennbaren Chance auf gemeinsame Abrüstung kann eine Fortsetzung des Rüstungswettlaufs letztlich nur in diese Richtung gedeutet werden. Ansonsten wäre jede weitere Aufrüstung völlig widersinnig.

Als die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik und ihre Einbeziehung in das westliche Bündnis vollzogen war, folgte aus den Reihen der Bundesregierung, der CDU/CSU-Fraktion und der Bundeswehrführung das stetige Drängen nach einer Verfügungsgewalt über Kernwaffen, der ultima ratio aller Machtpolitik im Nuklearzeitalter. Kernwaffen in deutscher Hand bei gleichzeitiger Option auf die Wiedervereinigung - nichts ist verlässlicher als dieses außenpolitische Kalkül der deutschen Rechten. „Die Lösung des Deutschlandproblems ist keinen Krieg wert; das meinten und meinen alle, obwohl einige bis zum heutigen Tag so tun, als könne man durch Druck und Stärke den Osten zu Aufgabe oder Rückzug zwingen.“⁴⁶

Allerdings war bis heute das Veto in Ost und West gegen die Neugründung einer militärischen Großmacht in der Mitte Europas ebenso verlässlich. Die von der Rechten heftig angefeindete Unterschrift der sozialliberalen Koalition unter den Nicht-Weiterverbreitungsvertrag setzte den atomaren Träumen in den siebziger Jahren ein vorläufiges Ende. „Wie stark bei Adenauer der Gedanke der Offenhaltung der nuklearen Option für die Bundesrepublik war, zeigt schließlich seine ganz ungeschminkte Kampagne gegen den Kernwaffen-Sperrvertrag.“⁴⁷ Einstweilen scheint die Gefahr gebannt, doch der Kurs der Konfrontation könnte manchem heute aussichtsreicher denn je vorkommen. Im Zuge der europäischen Einigung wird es zwangsläufig zu einer gemeinsamen Sicherheitspolitik Westeuropas kommen, und Bonn als wirt-

44 Schon Adenauers Vorstellung war: „Die revolutionäre Waffe soll diplomatisch instrumentalisiert und verteidigungspolitisch domestiziert werden!“ (zit. nach Schwarz, Kernwaffen, S. 591).

45 Die Deckung der DDR-Außenverschuldung z. B. besteht überwiegend aus uneinbringlichen Forderungen gegenüber zahlungsunfähigen Staaten (Afghanistan, Angola, Äthiopien), der Schuldendienst droht in den neunziger Jahren auf das 9 — 10 fache der Exporterlöse anzusteigen (SZ 20.11.89. „Wir sind praktisch schon in der Hand der Bundesregierung“, heißt es hinter vorgehaltener Hand“, ebd.). Den über 20 Mrd. US-\$ Außenschulden sollen aber noch mindestens 10 Mrd. US-\$ Auslandsguthaben gegenüberstehen. Die Pro-Kopf-Verschuldung der DDR liegt aber mit 1.300 US-\$ sogar über der Polens (1.100 US-\$), vgl. Finanzexperte K. Friedrich, Interview, Rheinischer Merkur 24.11. 89.

46 Bahr, S. 216.

47 Schwarz, Kernwaffen, S. 582.

schaftlich potentestes Mitglied der EG wird hierbei ein erhebliches Gewicht haben. 1995 läuft zudem der Atomwaffen-Sperrvertrag aus, seine Verlängerung ist akut bedroht.

Adenauers US-Botschafter, der spätere NATO-Botschafter der Bundesrepublik, Wilhelm Georg Grewe, wandte sich 1967 gegen den Atomwaffen-Sperrvertrag: Kernwaffen schützen vor äußerer Aggression, würden den internationalen Status heben und den technologischen Fortschritt antreiben. Angesichts des machtpolitischen Status der Kernwaffe könne der Vertrag gar nicht erfolgreich sein, die Atombombe würde sich weiter über den Erdball verbreiten.⁴⁸ Für Bonn sei es daher „von entscheidender Bedeutung“, sich folgende „Option offenzuhalten: die europäische Zusammenarbeit mit dem Ziel der politischen Union und der Verteidigungsgemeinschaft mit gemeinsamer Kernstreitmacht.“⁴⁹ Die Unterzeichnung des Vertrags durch die sozialliberale Koalition im November 1969 setzte zwar einen Schlußpunkt unter die atomaren Ambitionen Bonns, formulierte zugleich aber einen europäischen Vorbehalt.⁵⁰ Natürlich sind revanchistische Visionen zu brisant, um sie lauthals zu verbreiten. Man muß schon sehr genau hinsehen. So überschrieb die FAZ ihren Bericht über das außenpolitische Programm der CDU von 1988 mit den Worten: „Die Atommacht ‚Vereinigte Staaten von Europa‘ Hauptziel der CDU“!

Gleichwohl ist die europäische Einigung nicht notgedrungen konfrontativ. Denn, und hier liegt der entscheidende Grund regierungsinterner Konflikte, es gibt genug besonnene Stimmen in Bonn wie im befreundeten Ausland, die die Risiken der Konfrontation wohl erkannt haben. Angesichts der jüngsten Fortschritte wird allgemein der Abschluß der Wiener Verhandlungen über eine Reduzierung der konventionellen Streitkräfte in Europa (VKSE) für Ende 1990 erwartet. Das hochgesteckte Verhandlungsziel, die Fähigkeit zu raumgreifender Invasion und zum Überraschungsangriff in Europa völlig zu beseitigen, wird die VKSE nicht erreichen können. Zu groß und modern werden die verbleibenden Offensivkräfte sein - bei 10 bis 15 Prozent unterhalb des gegenwärtigen NATO-Niveaus liegen. Weiterhin werden die Rüstungsindustrien Produktionsaufträge für stetige Modernisierungen erhalten. Vor allem bleiben die mehreren Tausend Kernwaffen und damit das bedrohlichste Offensivpotential beider Seiten in Europa unangetastet. Der Gewinn der VKSE liegt zunächst nur in einer Stabilisierung des konventionellen Kräfteverhältnisses in Europa, auch im umfangreichen Rückzug der offensiven Speerspitzen (die Truppen der Supermächte) und schließlich in der *Möglichkeit* der Verringerung von Rüstungslasten.

48 W. G. Grewe, Über den Einfluß von Kernwaffen auf die Politik, in: EA 3/67, S. 91 f.

49 Ebd., S. 93.

50 Es hieß doppeldeutig: „... Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat anläßlich der Unterzeichnung in einer Erklärung dargelegt, unter welchen Voraussetzungen die Unterzeichnung erfolge: Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ... (9) unterzeichnet den Vertrag in der Überzeugung, daß er den europäischen Zusammenschluß nicht behindert;...“ (dok. in: AA [Hg.], Abrüstung und Rüstungskontrolle, Bonn 1980, S. 44 f.).

Die VKSE wäre damit ein gelungener Einstieg in die Abrüstung unseres Kontinents, der bedeutende zweite Schritt wären Verhandlungen über die Beseitigung der land- und luftgestützten Kernwaffen von NATO und WVO in Europa (SNF). Würde den SNF-Verhandlungen die Denuklearisierung europäischen Bodens geringen, wäre die militärische Konfrontation weitgehend beendet. Es bedürfte dann nur noch weniger Folgeschritte zu einer gesamt-europäischen Einigung, an deren Ende auch eine Lösung der deutschen Frage stünde. Mit dem Abschluß des Kalten Krieges und mit einer Aufhebung der Blockkonfrontation wäre die Nachkriegsordnung de facto überwunden - einem Friedensvertrag der Alliierten stünde über kurz oder lang nichts mehr im Wege.

Der Bruch des nuklearen Scharniers

All dies wurde durch den kühnen Vorstoß des Bundeskanzlers Ende November 1989 noch einmal dramatisiert. Das Stichwort gab ausgerechnet Egon Krenz, der in einem Interview mit der „Financial Times“ eine Konföderation⁵¹ der beiden deutschen Staaten und sogar eine spätere Wiedervereinigung nicht ausschloß, wenn sie gegenwärtig auch nicht auf der Tagesordnung stünden. Meinungsumfragen hatten bereits eine klare Befürwortung der Bundesbürger für die Wiedervereinigung zu Tage gefördert, so daß das Kanzleramt dies kurzerhand zum „Kernpunkt für die Kampagne zur Bundestagswahl, die nur ein Jahr entfernt liegt“, machte. In einem diplomatischen Alleingang legte Kohl am 28. November 1989 dem Bundestag ein „Zehn-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschland“ vor.⁵²

Die Ost-West-Politik stehe heute vor einem „neuen Abschnitt“, in dem sich „Chancen für die Überwindung der Teilung Europas und damit unseres Vaterlandes“ ergäben. „Entscheidend“ für die Reformentwicklung in Osteuropa sei „zunächst“ die „Standfestigkeit des Bündnisses in der schweren Bewährungsprobe des Jahres 1983“ gewesen, danach erst die seit Gorbatschow 1985 einsetzenden Veränderungen in der Sowjetunion.⁵³ Der Weg zur Wiedervereinigung führe über zehn Punkte. Zunächst billige Bonn einige konkrete Hilfen für die DDR wie etwa den Devisenfonds für den Reiseverkehr und den Ausbau des Telefonnetzes (Pt. 1/2). Ein umfassender Ausbau der Hilfe sei aber erst nach einem „grandlegenden Wandel des politischen und wirtschaftlichen Systems in der DDR“ möglich (Pt. 3). Ist dies geschehen, sollen durch gemeinsame Instanzen auf Parlaments- und Regierungsebene „konföderative Struk-

51 Eine „Konföderation“ ist ein Staatenbund, der im allgemeinen durch die teilweise Aufgabe von Souveränität der Mitgliedstaaten geprägt ist. Das bedeutendste Beispiel sind die USA, deren Verfassung von 1771 vor allem die Außenpolitik alleine der Bundesebene zuweist.

52 H. Kohl, Rede vor dem Deutschen Bundestag in Bonn, 28.11. 89, Bulletin (BT) 134/89, S. 1145 - 1148. Zum diplomatischen Geschick der Kanzlerrede gehörte, daß dem eigentlichen Plan langatmige, „einschläfernde“ Ausführungen zur Konjunkturlage und zur Entwicklung in der DDR vorausgingen.

53 Kohl hatte diese These neben anderen (z. B. CDU-Generalsekretär Rühle) schon zuvor aufgestellt. Nicht der Druck der Menschen, die Wirtschaftsmisere oder Gorbatschow sind demzufolge eigentliche Ursache der

: Reformen im Osten, sondern die entschlossene Raketenstationierung im Westen gegen allen Druck von innen und außen. Ein seltsames Bekenntnis zur Politik der Stärke!
GMH 12/89

turen" errichtet werden, die schließlich zur Wiedervereinigung in freier Selbstbestimmung führen könnten (Pt. 4/5).

Dieser zeitlich nicht fixierte Stufenplan bleibe eingebettet in die gesamteuropäische Einigung (Pt. 6), vor allem die Integration des EG-Binnenmarktes (Pt. 7). Kohl bekannte sich hierbei vage zum „KSZE-Prozeß" (Pt. 8) und zur Fortsetzung von Abrüstung und Rüstungskontrolle (Pt. 9). Zum Abschluß bekräftigte er wiederum das Ziel der Wiedervereinigung, und man sei „dankbar", daß dieses Ziel im Brüsseler Kommuniqué vom Mai 1989 durch die NATO-Verbündeten unterstützt worden sei (Pt. 10).

Der Bundestag reagierte rundweg positiv. Sprecher von SPD⁵⁴ und FDP stimmten zu, die Grünen lehnten ab. Das völlig überrumpelte Ausland hingegen reagierte beinahe entsetzt. Washington zeigte sich „empört";⁵⁵ Moskau äußerte Angst vor einem „deutschen Revanchismus";⁵⁶ in London und Paris stieß der eilig als „Feuerwehr" entsandte Genscher auf unverhohlene Skepsis. Auch in Bonn wurde nun erkannt, daß die Brisanz des Kanzlerplans weniger in seinen Aussagen als vielmehr in seinen Auslassungen lag: keine Anerkennung der polnischen Westgrenze, keinerlei Initiative zur Abrüstung in Mitteleuropa über das ohnehin Beschlossene hinaus und keine ernsthafte Konsultation mit den alliierten Siegermächten.⁵⁷ Das Programm, so der sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse, sei ein „direktes Diktat".⁵⁸

Sowohl der Koalitionspartner FDP als auch die SPD begannen Tags darauf, gegen das deutschlandpolitische Programm der Union zu opponieren. Als erste erklärten für die FDP deren Vorsitzender Otto Graf Lambsdorff, für die SPD der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Horst Ehmke, ihre Ablehnung - wegen der fehlenden Anerkennung der polnischen Westgrenze und der mangelnden diplomatischen Konsultation im Ausland. Entsprechende Ergänzungen der SPD trafen jedoch auf den geschlossenen Widerstand der Koalition, so daß tags darauf der Kanzlerplan mit der Mehrheit von CDU/CSU und FDP ohne Ergänzung verabschiedet wurde.⁵⁹

Eine turbulente Sitzungswoche in Bonn war entschieden, und der Gipfel von Bush und Gorbatschow noch am gleichen Wochenende vor der maltesi-

54 Die Zustimmung der SPD war spontan zwischen Fraktionschef Vogel und Außenpolitiker Voigt während der Kanzlerrede verabredet worden. Tags darauf begann ein Kreis um Ministerpräsident Lafontaine heftig zu opponieren (M. E. Süskind, Das Bonner Spiel um die Volksseele, SZ 6.12. 89).

55 US-Außenminister Baker in Brüssel über Kohls Deutschlandplan, zit. n. U. Bergdoll, Bonns selbstbewußter Dolmetscher im Osten, SZ 6.12. 89.

56 Außenamtssprecher Gerassimow, zit. n. SZ 1.12. 89.

57 Die Nicht-Erwähnung alliierter Zuständigkeit war kein Zufall. So bestritt CDU-Generalsekretär Rütge im Interview mit der Hannoverschen „Neuen Presse" eine Zuständigkeit der Alliierten für eine großdeutsche Konföderation (vgl. SZ 9.12. 89).

58 Zit. n. B. Küppers, Moskau warnt vor einem „Durcheinander", SZ 7.12. 89.

59 SZ 2.12. 89. Offenbar verwirrt und ohne die Orientierung ihres reisenden Außenministers stimmte die FDP dem Anliegen der Union zu. Auf dem kleinen Parteitag der FDP in Celle regte sich am Wochenende darauf bereits neuer Widerstand, man müsse die Rüstungskontrolle einseitig gegen die Union durchsetzen (Lambsdorff) und fordere klare Bekenntnisse zum territorialen Status quo (der zurückgekehrte Genscher) (Berliner Morgenpost, 3.12. 89; Welt am Sonntag, 3.12. 89). Das Handelsblatt fürchtete eine neue „Zerreißprobe" der Koalition (H. J. Sottorf, Zerreißprobe droht, HB 4.12. 89). Am Montag aber beschwichtigte Lambsdorff, von einer neuen Krise könne keine Rede sein (DW 5.12. 89).

schen Küste stand unter dem langen Schatten von des Kanzlers „unüberhörbarer Botschaft“. Es wurde ein Gipfel ohne Substanz, ohne konkrete Ergebnisse, auch hinsichtlich der „deutschen Frage“. Die anschließende Information der NATO-Regierungschefs durch Bush in Brüssel stand ebenfalls ganz im Schatten des deutschen Problems. Das westliche Militärbündnis einigte sich nur auf vage Appelle zur Fortsetzung der Rüstungskontrolle und auf die Schelte der Deutschen. Bush forderte eine klare Anerkennung der europäischen Grenzen gemäß der Schlußakte von Helsinki; Thatcher betonte, eine Wiedervereinigung stünde nicht vor 10 bis 15 Jahren „echter Demokratie in Osteuropa“ auf der Tagesordnung. Washington beharrte auf die Verantwortung der Alliierten für die deutsche Frage. Beim Besuch Mitterands in Moskau Anfang Dezember verlautete gleiches von sowjetischer Seite; die französische Delegation hob die Anerkennung der europäischen Grenzen gemäß Helsinki hervor.

Einstweilen stößt das Kohl-Programm auf den gemeinsamen Widerstand von Ost und West. Aber der „Faktor Zeit arbeitet für uns“ (Kohl). Kein geringerer als Henry Kissinger antwortete auf den Kanzlerplan, eine Wiedervereinigung könne nicht vermieden werden, wenn das deutsche Volk sie fordere.⁶⁰ Die DDR müsse in einer Konföderation allerdings aus dem Warschauer Pakt austreten, Bonn hingegen in der NATO bleiben.⁶¹ „Kein russischer Führer sollte die Lehren der Geschichte übersehen: daß die beiden Weltkriege dieses Jahrhunderts aus dem Versuch Deutschlands erwachsen, eine rein nationale Politik im Zentrum des Kontinents zu verfolgen... Mit der Zeit wäre ein solches Deutschland daran gebunden, eine militärische Kraft zu werden.“ Die beste Lösung sei daher, eine Wiedervereinigung zu konzedieren, und zwar eines Deutschland, das „in die NATO integriert bleibt, aber zu neuen Rüstungsbegrenzungen innerhalb Europas genötigt ist.“⁶² Zwangsläufig werde hierbei die Frage der Denuklearisierung Mitteleuropas auftauchen, amerikanische Kernwaffen müßten aber auf europäischem Boden weiterhin stationiert werden, um von konventionellen Kriegen abzuschrecken.⁶³ Präsident Bush äußerte sich auf der Pressekonferenz des NATO-Gipfels ähnlich. Eine Wiedervereinigung solle sich im Rahmen der NATO-Mitgliedschaft „Deutschlands“, seiner wachsenden Integration in die EG und der „Verantwortung der alliierten Mächte“ vollziehen. Diese „neue atlantische Architektur“ erfordere weiterhin die Stationierung amerikanischer Streitkräfte in Europa. Nach US-Kommentatoren sieht Washington in „Deutschland“ die

60 H. A. Kissinger, *Living with the Inevitable*, Newsweek 4.12. 89, S. 22. Zur Wiedervereinigung: „Sie braucht nicht im nächsten Jahr stattzufinden, aber sie kann auch nicht mehr 10 Jahre dauern“ (ZDF-Interview mit Kissinger, zit. n. KB 30. 11. 89). Kissinger darf als zuverlässiger Kommentator der Außenpolitik Bushs betrachtet werden. Er war Mitglied mehrerer Regierungen der Republikaner, Bushs Staatssekretär Eagleburger und Sicherheitsberater Scowcroft arbeiteten vor ihrem Regierungsantritt als Angestellte der Politikberatungsfirma „Kissinger Ass.“.

61 Kanzlerberater Teltschik hat diese Position als Bonner Regierungslinie bezeichnet.

62 Kissinger, S. 23.

63 Ebd., S. 24. In London widersprach Genscher dem, indem er auf einer Pressekonferenz zur Modernisierungsfrage bei den Kurzstreckenraketen „vorwegnahm, daß die NATO nicht die Erlaubnis erteilen werde, wenn die Allianz zur Fassung ihres Beschlusses im Jahre 1992 kommen wird.“ (The Guardian, 30.11. 89).

wichtigste Nation des zukünftigen Europa und will dessen machtpolitische Ambitionen durch die Einbeziehung in die europäische Einigung bremsen. Am zweiten Wochenende im Dezember standen die Sterne für den deutschen Einigungswillen bereits günstiger. Helmut Kohl reiste zum Straßburger EG-Gipfel mit dem Hinweis, schließlich habe sich die NATO bereits früher für das Ziel der deutschen Einheit ausgesprochen. Unter dem Zugeständnis eines festen Plans zur Erreichung der Wirtschafts- und Währungsunion erreichte Bonn die Verpflichtung der EG zur „Einheit durch freie Selbstbestimmung“.

Die Nuklearfrage tritt erneut in den Mittelpunkt des deutschen Problems. „Nun, indem es sich selbst zu einer kernwaffenfreien Zone erklärt, könnte ein geeinigtes Deutschland das Ableben von NATO und Warschauer Pakt als Militärbündnisse beschleunigen. Hiermit wäre Deutschland frei, seine Aufmerksamkeit weiter nach Osten zu richten und die Sowjetunion selber durch massive Hilfe in das von Gorbatschow entworfene „gemeinsame europäische Haus“ zu bringen.“⁶⁴ Im Brüsseler Kommuniqué vom Mai 1989 verpflichtete sich der NATO-Rat auf SNF-Verhandlungen nach einem VKSE-Abschluß. Ziel soll aber nur die „teilweise Reduzierung“ der landgestützten Kernwaffen in Europa sein, ein Restpotential also verbleiben, wobei Washington den Auftrag zur Entwicklung eines Nachfolgesystems für die NATO-Kurzstreckenrakete „Lance“ erhielt.

Das Verhandlungsmandat wurde damit zur Makulatur. Die Festschreibung eines Restpotentials ist laut Richard Perle, dem langjährigen stellvertretenden Verteidigungsminister der USA, wegen der „Dualfähigkeit“⁶⁵ der Trägersysteme überhaupt nicht verlässlich zu überprüfen.⁶⁶ Wenn der NATO-Rat 1992 „im Lichte der sicherheitspolitischen Gesamtentwicklung“ über die Einführung neuer Kurzstreckenraketen entscheiden soll, werden die SNF-Gespräche unter erheblichem Zeitdruck stehen. Denn Verhandlungsaufnahme wird frühestens der Jahreswechsel 1990/91 sein, die vielfältigen Definitions- und Verifikationsprobleme eines Vertrags beanspruchen erheblich Zeit, sofern sie überhaupt lösbar sein werden. Mit einem „Nachrüstungsbeschluß“ des NATO-Rates im Jahre 1992 könnten die Verhandlungen dann sogar scheitern. Wenn es dennoch zu einem SNF-Vertrag kommt, so würde die Festschreibung eines bodengestützten Restpotentials in Europa die sowjetische Bedrohung nicht senken und die anvisierte Modernisierung der westlichen Kurzstreckenraketen bedeuten. Das nukleare Scharnier der „deutschen Frage“ würde halten. Vor einer Beratung der „deutschen Frage“ im Kreis der Siegermächte, so Genscher vor dem WEU-Ministerrat, „muß der Prozeß der Abrüstung und Entspannung vorgebracht werden.“⁶⁷ Wer heute von Modernisierung und „deutscher Frage“ redet, offenbart sein Liebäugeln mit einer Politik der Stärke, des unentwegten Drucks auf den labilen Reformprozeß in

64 K. Breslau, One People, One Country: A Scenario, Newsweek 11.12. 89, S. 18.

65 Die Trägersysteme können mit nuklearen oder konventionellen Gefechtsköpfen bestückt werden, was ihnen von außen nicht anzusehen ist.

66 U. S. Senate. Hearings before the Committee on Armed Services, NATO Defense and the INF treaty, Pt. HI. Statement by R. Perle from Aug. 3, 1988, Washington D. C., S. 85.

67 H. D. Genscher, Rede auf der Tagung des WEU-Ministerrats am 13.11. 89 in Brüssel, zit. n. SZ 14.11. 89.

der Sowjetunion. Eine solche Fortsetzung der Politik der Stärke könnte Gorbatschows Reformwerk den Todesstoß versetzen, die Öffnung beenden und gefährliche Krisen heraufbeschwören.

Allerdings bleiben Gründe für die Stationierung amerikanischer Kernwaffen in Mitteleuropa: die nukleare Schutzgarantie und die Absicht, eine deutsche Atommacht zu verhüten. Es wäre aussichtslos, von den Atommächten die völlige Abrüstung aller europäischen Kernwaffen einzufordern. Ein anderer Weg bietet sich an, und es wäre für die deutsche Sozialdemokratie an der Zeit, ihn offensiver zu vertreten. Großbritannien und Frankreich teilen wegen der geografischen Enge auf unserem Kontinent und ihrer unmittelbaren Bedrohung bei Verlust des bundesdeutschen Territoriums das militärische Schicksal Mitteleuropas. Ihre seegestützten Kernwaffen wären deshalb in jeden innereuropäischen Konflikt einbezogen. Die auf U-Booten unverwundbar kreuzenden Raketen von London und Paris stellen im Sinne einer Abschreckungsstrategie eine völlig ausreichende Zweitschlagsfähigkeit gegenüber Moskau bereit. Wenn sich Westeuropa im Zuge des Einigungsprozesses auf dieses Potential als gemeinsame Minimalabschreckung in einem ersten Schritt einigt,⁶⁸ gerät der Abrüstungsprozeß ins Rollen, weil alle land- und luftgestützten Kernwaffen in Europa überflüssig werden. Für den Westen gäbe es keine sicherheitspolitische Begründung mehr für sie, die Sowjetunion strebt die Denuklearisierung Europas offen an. Die Supermächte hätten ihre offensivfähige Präsenz in Europa weitgehend aufgelöst, die militärische Bedrohung wäre auf ein Minimum gesunken, das nukleare Scharnier der „deutschen Frage“ wäre gebrochen. Sie würde bei einer freiwilligen Demokratisierung in Osteuropa wie eine reife Frucht zu Boden fallen. Und es wäre an uns, sie aufzuheben.

68 Dies wurde von der SPD 1984 in Essen beschlossen, vgl. Angenommener Antrag des Parteivorstands auf dem Bundesparteitag in Essen, 17. - 21. 5.84, Pt. VI. 2/3; zur Konzeption vgl. E. Bahr, Es reicht mit Frankreich, in: Ders/VG. Krell/K. v. Schubert (Hg.), Friedensgutachten 1989, Hamburg 1989, S. 16 - 20; F. Gerster/M. Hennes, Der verlorene Gedanke der Minimalabschreckung (noch unv. Ms.), Bonn, November 1989.